



Gemeinsam für ein gutes Leben

Der Wirtschaftsaufschwung steht. Woche für Woche melden die Unternehmen neue Umsatz- und Gewinnhöhen. Doch bei den Beschäftigten ist davon bislang wenig angekommen. Geht es nach der Bundesregierung, müssen sie im Gegenteil bereits in den kommenden Monaten mit erneuten Zumutungen rechnen. Auch im Beamtenbereich. Unter dem Motto „Gemeinsam für ein gutes Leben. Gerecht geht anders“, macht der DGB bundesweit dagegen mobil. Finale der DGB-Herbstaktionen ist eine zentrale Abschlussveranstaltung am 13. November in der Dortmunder Westfalenhalle.

Fünf Kernforderungen hat der DGB in das Zentrum seiner Herbstaktionen gestellt: Gute Arbeit mit anständiger Bezahlung, ein Ende des Personalabbaus im öffentlichen Dienst, ein gutes Einkommen – auch im Alter, eine gute, solidarische Gesundheitsversorgung und eine gute, gebührenfreie Bildung für alle. Forderungen, in denen sich nicht nur die Tarifbeschäftigten wieder finden, sondern auch die Beamten des öffentlichen Dienstes. Denn bislang wurde noch jede Sparrunde, die zunächst „nur“ die Tarifbeschäftigten getroffen hat, nach kurzer Schonfrist nahezu bruchlos auf die Beamten übertragen.

Dass die politischen Auseinandersetzungen in den kommenden Monaten und Jahren härter werden, wissen alle politischen Beobachter. Nicht nur, weil die

Kosten des Beinahezusammenbruchs des weltweiten Börsen- und Finanzmarktes Ende 2008 den Haushalt von Bund, Ländern und Kommunen noch über viele Jahre belasten werden, sondern auch, weil 2011 erstmals die Schuldenbremse greift. Zusätzliche Mittel stehen dem öffentlichen Dienst dann nicht mehr zur

Verfügung. Weder für den Ausbau des maroden Bildungssystems, noch für die Innere Sicherheit.

Spätestens ab dem kommenden Jahr wird deshalb die Verteilung der knapper werdenden öffentlichen Mittel zu einem

der Bundesländer. Während die rot-grüne Landesregierung in NRW die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei von 1100 auf 1400 erhöhen will, um so zumindest den Personalstand zu halten, bauen andere Bundesländer massiv Stellen bei der Polizei ab. Auch die in NRW von allen bisherigen Landesregierungen mitgetragene Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn ist in anderen Bundesländern alles andere als selbstverständlich.

Dennoch wird sich NRW nicht vollständig vom Bundestrend abkoppeln können. Das gilt neben den Einkommen auch für die soziale Absicherung der Beschäftigten, insbesondere gegen Krankheit und für das Alter. Denn die

meisten der dafür maßgeblichen Gesetze werden auf Bundesebene beschlossen. Weil der Weg bequem ist, sich dort das Geld zurückzuholen, das der Staat zuvor den Banken und Finanzinstituten in der Krise geschenkt hat, könnte das sozial unausgewogene Sparkonzept der schwarz-gelben Bundesregierung erst der Anfang einer großen Umverteilungswelle sein. Von unten nach oben.

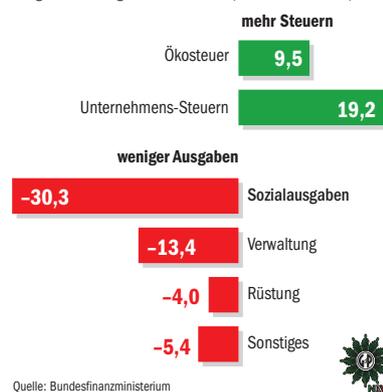
Gelingt es den Gewerkschaften nicht, ihre Mitglieder gegen die heute bereits bekannten Sparmaßnahmen zu mobilisieren,

könnte sich die Bundesregierung sogar ermutigt fühlen, den Beschäftigten weitere Einschnitte bei Einkommen und sozialer Absicherung zuzumuten. Auch das ist ein Grund, warum die GdP die Herbstaktionen des DGB unterstützt.

Mehr Infos:
www.dgb.de

Drastische Einschnitte ins soziale Netz

Von der Bundesregierung geplante Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen 2011 -2014 (in Milliarden Euro)

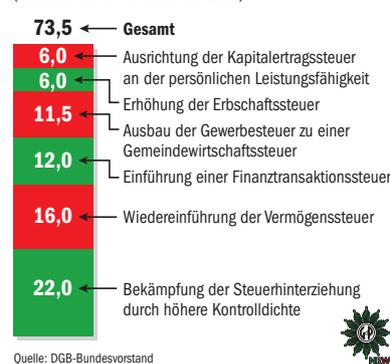


Das Sparpaket der Bundesregierung ist kein Aufbruch in eine neue Politik, sondern ein „weiter so“ – wie vor der Krise. Weil der Staat vor allem bei den Arbeitslosen und den sozial Schwachen sparen will, werden die Spannungen in der Gesellschaft weiter zunehmen. Auch zu Lasten der Polizei.

Unsere Alternative:

Kurswechsel für soziale Gerechtigkeit

Finanzierungsmöglichkeiten zur Haushaltssanierung (Mehreinnahmen in Milliarden Euro)



Die von der Bundesregierung geplanten Einschnitte in den Sozialstaat sind nicht alternativlos. Wenn der Staat Unternehmen und Gutverdienende genauso belasten würde wie die Durchschnittsverdiener, könnte er mehr als 70 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen erzielen.



Wir müssen uns einmischen. Bevor es zu spät ist



Wenn Polizisten in Uniform auf die Straße gehen, um für faire Arbeitsbedingungen und ein gerechtes Einkommen zu demonstrieren, hinterlässt das seine Spuren. Auch in der Politik.

Dass die GdP ihre Mitglieder mobilisieren kann, wenn es darauf ankommt, haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen. Aber nichts ist so vergänglich wie der Erfolg vergangener Jahre. Faire Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung lassen sich nicht einmal erkämpfen, um dann für alle Zeiten gesichert zu sein. Sondern wir müssen sie uns immer wieder erneut erkämpfen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns einmischen. Es ist wichtig, dass wir den von der Bundesregierung geplanten Einschnitten in das soziale Netz nicht tatenlos zusehen. Und dass wir uns für die Zukunft unseres Bildungssystems, für den Schutz der sozialen Sicherheit und für eine solidarische Finanzierung des Staates stark machen.

Die Herbstaktionen des DGB sind nur ein erster Auftakt für die Auseinandersetzungen, die schon bald auf uns zukommen werden. Denn die Folgen des Beinahezusammenbruchs des Finanzmarkt- und Bankensektors sind noch lange nicht überwunden. Deshalb sind die Einschnitte, die die Bundesregierung jetzt bei den Arbeitslosen und den Hartz-IV-Empfängern vorexerziert, nur ein Anfang davon, was schon bald auf uns alle zukommen kann. Auch auf die aktiv Beschäftigten. Auf die Rentner und Pensionäre. Und auf die Beamten. Deshalb ist es Zeit, dass wir uns einmischen. Bevor es zu spät ist. **Frank Richter**

Umstellung auf POLIKS überfällig

Am 2. Oktober ist es erneut zu massiven Störungen des Vorgangsbearbeitungssystems IGVP gekommen. Für die GdP sind die andauernden Systemstörungen nicht länger hinnehmbar. Sie fordert bereits seit langem, dass statt des überalterten IGVP in NRW das Berliner Datenverarbeitungssystem POLIKS (Polizeiliches Landessystem für Information, Kommunikation und Sachbearbeitung) genutzt wird. Diese Forderung hat sich inzwischen auch die zuständige Fachabteilung des Innenministeriums zu eigen gemacht.

Ursache des erneuten Systemzusammenbruchs war die Umstellung der bestehenden IGVP-Software auf die Version 5.2. Dadurch sollte das Anmeldeverfahren für die Nutzer vereinfacht werden. Zudem wollte das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) die bisher auf vier dezentralen Rechnern abgelegten Daten auf einen Großrechner konzentrieren. Doch die Umstellung ging gründlich schief: Nachdem es bereits am Wochenende 2./3. Oktober zu kleineren Systemstörungen gekommen war, traten am 4. Oktober massive Probleme im Bereich der Anmeldung und der Anwendungsgeschwindigkeit auf. Je mehr Nutzer hinzukamen, desto größer wurden die Probleme. In der Folge waren die Vorgangsverwaltung und das polizeiliche Vorgangsprogramm für die Behörden nicht mehr abrufbar.

Die anschließende Fehlersuche gestaltete sich äußerst kompliziert, das System blieb über mehrere Tage unbrauchbar. Die Folge: Neue Vorgänge mussten über

die nicht automatisierte Rückfallebene erfasst und nachträglich in das IGVP übertragen werden. Später wurde dann versucht, zunächst die Strafanzeigen teilautomatisiert nach IGVP zu übernehmen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass es bis zum Redaktionsschluss dieses Beitrags (11. 10. 2010) weder dem LZPD noch den anderen am Prozess Beteiligten gelungen ist, ein lauffähiges System bzw. eine akzeptable Notlösung anzubieten. Zudem bleibt festzustellen, dass es offenbar zu keiner Zeit Überlegungen der Verantwortlichen im Innenministerium gab, die fehlgeschlagene Updateaktion rückgängig zu machen. Deshalb muss die Frage erlaubt sein, ob dieser Fall überhaupt eingeplant war?

Dass die Störung (permanente Handlungseinschränkung) bei der Erfassung und Bearbeitung alltäglicher Standardvorgänge nicht behoben werden konnte, ist jedenfalls ein inakzeptabler Zustand. Adi Plickert, stellvertretender Landesvorsitzender, hat den Innenminister des-

halb daran erinnert, dass die GdP bereits im März 2009 darauf hingewiesen hat, dass das IGVP-System zeitnah durch ein anderes Softwareprogramm ersetzt werden muss. „Die Probleme bei der Vorgangsbearbeitung sind mit einer Modernisierung des zurzeit genutzten IT-Systems IGVP nicht zu lösen. Es ist technisch hoffnungslos überaltert. Bereits kurzfristig sind massive Wartungsprobleme und Ausfälle zu erwarten“, betonte Plickert bereits 2009. Aus Sicht der GdP ist es deshalb zwingend erforderlich, die bestehende Kooperationsvereinbarung mit den Ländern Bayern und Thüringen aufzukündigen und ein neues Vorgangsbearbeitungsprogramm für NRW anzuschaffen. Dieser Schritt ist auch deshalb unvermeidlich, weil Bayern in den vergangenen Jahren immer wieder Fortentwicklungswünsche, die das System an die IT-Landschaft in NRW angepasst hätten, blockiert hat.

Die GdP dringt deshalb darauf, das Berliner IT-System POLIKS kurzfristig in NRW einzuführen. „Wir empfehlen dem Innenminister schnellstens die Entscheidung zu treffen, dass NRW auf dieses System umsteigt und Gespräche darüber mit der Polizei Berlin und dem Anbieter T-Systems aufnimmt“, betonte Plickert. „Spätestens Ende November muss ein Zeitplan für die Umstellung stehen.“



Polizei braucht größeren Ermessensspielraum

Auf 400 bis 500 Milliarden Euro schätzen Experten den weltweiten Drogenumsatz. Allein in Deutschland wird der Gewinn der Drogenbosse auf 1,7 Milliarden Euro taxiert. Doch der Polizei gehen vor allem die Konsumenten ins Netz, nicht die Dealer und Hintermänner. Ist die aktuelle Drogenbekämpfungspolitik, die sich vor allem auf die Strafverfolgung der Konsumenten konzentriert, geeignet, diesen Sumpf trockenzulegen? Diese Frage stand Anfang Oktober im Mittelpunkt eines hochkarätig besetzten Fachseminars des GdP-Landesbezirks, an dem zeitweise auch Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) und der CDU-Innenpolitiker Peter Biesenbach teilgenommen haben.

Der Konsum illegaler Drogen ist in Deutschland ein Massenphänomen. Mindestens ein Drittel aller 12- bis 25-Jährigen hat in seinem Leben schon einmal Cannabis probiert. Für viele Jugendliche gehört das Ausprobieren illegaler Drogen zu einer vorübergehenden Lebenserfahrung, die sie ohne dauerhafte gesundheitliche Schädigung durchlaufen. Aber der Erstkontakt zu Drogen kann auch in die Sucht führen, und damit oft in die Kriminalität. In einem Punkt waren sich die Teilnehmer des GdP-Seminars, zu dem neben den führenden Innenpolitikern vor allem Drogenfahnder der Polizei, juristische Fachexperten sowie Vertreter von Suchteinrichtungen und -klinken gehörten, dennoch einig: Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit. Sie muss vor allem mit medizinischen Mitteln bekämpft werden, nicht mit den Instrumenten der Strafverfolgung.

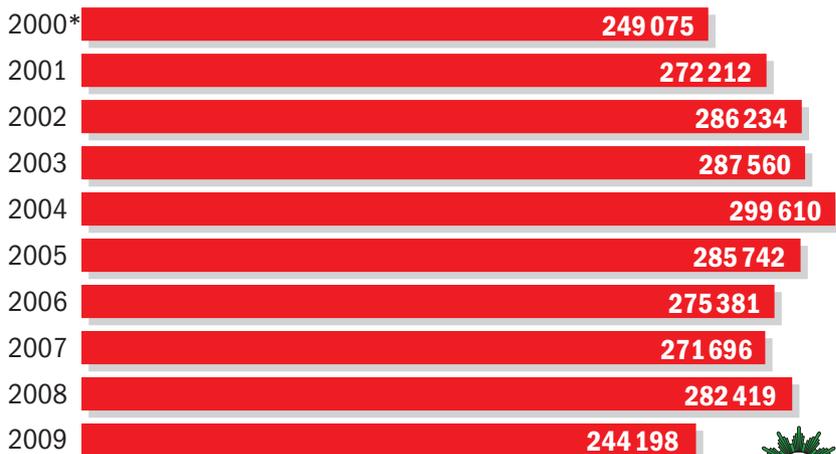
Die Realität in Deutschland ist eine andere. 10 Prozent aller Mittel für die Innere Sicherheit geben Bund und Länder für die Drogenbekämpfung aus. Je Einwohner zwischen 63 und 74 Euro jedes Jahr. Als Innenminister Thomas Kutschaty einige Wochen im Vorfeld des GdP-Seminars eine vorsichtige Öffnung der Drogenpolitik angedeutet hat, war das öffentliche Geschrei dennoch groß. Dabei hatte Kutschaty nur erklärt, die Grenze von Cannabis-Besitz, bis zu der die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellen kann, wieder von 6 auf 10 Gramm hochzusetzen. Denn die Absenkung der Grenze, die noch von der Vorgängerregierung verfügt worden war, hat für die Drogenbekämpfung nichts gebracht, wie Kutschaty mit Hilfe konkreter Zahlen belegen kann. Den Privatkonsum von Cannabis ganz freigeben will Kutschaty dennoch nicht. „Die Einstellung der Verfahren wird es nicht zum Nulltarif geben“, betonte der Justizminister auf dem GdP-Seminar. Insbesondere nicht bei Jugendlichen und Heranwachsenden. Für den innenpolitischen Sprecher der CDU-

Fraktion, Peter Biesenbach, geht selbst dieser Schritt zu weit. Biesenbach will an der bisherigen Höchstgrenze von 6 Gramm Cannabis festhalten. Dennoch zeigte er auf dem GdP-Seminar Verständnis für die Probleme der Polizei, die selbst kleinste Drogenmengen beschlagnahmen und Anzeige gegen den Drogenkonsumenten erstatten muss, weil sie sich sonst

Zuvor hatte auch der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter eine Entkriminalisierung der Konsumentendelikte gefordert. „Nach dem geltenden Recht müssen Polizeibeamte den Besitz von Cannabis bereits ab dem ersten Gramm verfolgen, obwohl die Ermittlungsverfahren anschließend reinweise von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Das bindet ungeheure Ressourcen und hindert die Polizei daran, zielgerichtet gegen die Dealer und Hintermänner vorzugehen“, kritisierte Richter. Die abschließende Bearbeitung kleinerer Drogendelikte durch den ermittelnden Polizeibeamten könne eine Möglichkeit sein, diesem Dilemma zu entkommen. Der GdP-Landesvorsitzende sprach sich zudem für einen massiven Ausbau von Drogenhilfeeinrichtungen aus. Dazu gehöre auch die Einrichtung zusätzlicher Drogenkonsum-

Beschaffungskriminalität unverändert hoch

Straftaten durch Konsumenten harter Drogen in Deutschland



* ohne Brandenburg Quelle: PKS; aufgeklärte Straftaten



Jedes Jahr werden in Deutschland 250 000 Straftaten durch Drogenabhängige begangen. Das sind 3,9 Prozent aller Straftaten überhaupt. Bei einzelnen Deliktbereichen wie Raubüberfällen und Wohnungseinbrüchen liegt der Anteil der drogenabhängigen Täter sogar bei 25 Prozent. Ein erheblicher Teil davon geht auf Beschaffungskriminalität zurück.

der Strafreitelung im Amt schuldig macht. Selbst dann, wenn die Verfahren hinterher reinweise von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Biesenbach zeigte sich deshalb aufgeschlossen gegenüber der Idee, dass bei geringen Mengen bereits der ermittelnde Polizeibeamte das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes einstellen kann. Hierüber könne man reden, stellte der CDU-Politiker fest.

räume, in denen auch harte Drogen von Abhängigen konsumiert werden können, um ihnen einen Ausweg aus Abhängigkeit und Beschaffungskriminalität zu eröffnen. „Mit polizeilichen Mitteln allein lässt sich das Drogenproblem nicht lösen“, sagte Richter. Die Referate und Positionspapire des dreitägigen Fachseminars stehen zum Nachlesen auf der Homepage des Landesbezirks (Mitgliederbereich).



Es kann jeden treffen. Jeder Zeit

Für Polizeibeamte, die Opfer einer Gewalttat geworden sind, ist es wichtig, nach der Tat nicht alleine gelassen zu werden. Weder in den unmittelbaren Stunden und Tagen nach der Tat, noch bei den Spätfolgen. Denn Opfer einer Gewalttat zu werden, ist nicht das Resultat eines persönlichen Versagens, sondern ein Angriff auf Polizisten und kann jeden treffen. Jeder Zeit. Das ist eine der zentralen Botschaften, die vom geplanten Gedenkort für die im Dienst verletzten und getöteten Polizeibeamten in Selm ausgehen soll. Finanziert durch Spenden von Kolleginnen und Kollegen.

„Danke an die Initiatoren der Gedenkfeier. Erst heute kann ich hier stehen, um endlich meinen Frieden mit dem Erlebten zu machen – und mit dem, was daraus entstanden ist“, sagte Nicole Steiner, einzige Überlebende der Mordanschläge vom 14. Juni 2000 in Dortmund und Waltrop, zehn Jahre später bei der Grundsteinlegung für den geplanten Gedenkort in Selm. Trefender kann niemand beschreiben, warum Polizisten nie aufhören dürfen, sich an ihre Kolleginnen und Kollegen zu erinnern, die im Dienst ihre Gesundheit oder ihr Leben gelassen haben.

Die Polizei-Stiftung NRW hat sich sehr früh bereiterklärt, die längst überfällige Idee umzusetzen, einen Ort des Erinnerns und Gedenkens zu schaffen (Deutsche Polizei, Juli 2010). Inzwischen erfährt die Polizei-Stiftung zunehmend Unterstützung für diese Idee. 15.000 Euro sind auf diesem Weg inzwischen bereits zusammengekommen, und damit mehr als ein Drittel der für das Denkmal benötigten Summe. Gesammelt bei Sommerfesten und Grillfeiern, bei Sportevents und durch gezielte Aktionen im Kreis der Kolleginnen und Kollegen.

Diethelm Salomon, GdP-Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei und Vorsitzender der Polizei-Stiftung NRW, freut sich über die breite Unterstützung. „Es ist gut zu sehen, welche Ideen vor Ort entstanden sind, um Spenden für unsere Initiative zu organisieren.“ Aber Salomon kennt auch die Kehrseite der Medaille. Denn nicht in allen Wachen, Kommissariaten und Dienststellen stößt die Idee eines Gedenkortes für die im Dienst verletzten oder getöteten Polizeibeamten auf Unterstützung. „Und was macht das Land für uns ... – nicht einmal Geld zur Verfügung stellen, um eine würdige Gedenkstelle zu errichten. Und dann das Ding noch ‚Denkmal von Polizisten für Polizisten‘ zu nennen – Pfui!“, heißt es zum Beispiel in einer kritischen Mail an die Polizei-Stiftung. Diethelm Salomon nimmt die Zwischenrufe ernst, aber sie sind für ihn kein Argument gegen die Gedenkstätte. „Als Stiftungsvorstand haben wir uns entschieden, die Gedenkstätte aus der Polizei heraus zu finanzieren, weil von ihr ein ganz anderes Signal ausgeht, als wenn sie durch Haus-

haltungsmittel des Landes finanziert würde. Wir wollen keine gut gemeinten Gaben. Deshalb stand für uns von Anfang an die Idee ‚von Polizisten für Polizisten‘ im Vordergrund.“ Mal ist es ein zweistelliger Betrag von einem Skatturnier, der seitdem auf das Spendenkonto eingegangen ist, mal sind es gleich mehrere hundert Euro, die Kolleginnen und Kollegen bei einer „After-Work-Party“ gesammelt haben. Wie zuletzt in Bochum, wo gleich 850 Euro zusammengekommen sind. Unterstützung erhält die Stiftung inzwischen auch von außerhalb der Polizei. Beim Tag der Polizei Anfang Oktober in Aachen zum Beispiel war das Interesse der Bürger am Spendenaufruf groß. Aber noch sind nicht alle Finanzierungshürden genommen. „Die positiven Rückmeldungen und Aktionen überwiegen“, betont Salomon, „aber bis wir die gesamte Summe, die zum Aufbau und zur Errichtung des geplanten Denkmals erforderlich sind, aufgebracht haben, ist es noch ein weiter Weg.“ Trotzdem ist das Ziel erreichbar: „Wenn jeder Beschäftigte bei der Polizei in NRW mindestens einen Euro für die Gedenkstätte zur Verfügung stellt, wird aus der Idee Realität“, sagt der Stiftungsvorsitzende.

Spendenkonto:
 Polizei-Stiftung NRW
 Stichwort: „Wächter“
 Konto-Nr: 66 66 680
 BBBank Düsseldorf
 BLZ 660 908 00

Anzeigen

Für Sammler: 1 POR-Dienstmütze NW, ca. 1975, 1 PD-Dienstmütze NW, ca. 1980, 1 Tschakko NW, gegen Höchstgebot zu verkaufen.

POLIZEI LEDERBLOUSON

Polizei-Lederblousons, für Damen und Herren aus eigener Herstellung nach Leistungsbeschreibung und TL gefertigt. Lagerbestände können mit und ohne Beschriftung geliefert werden. Zusätzliche Sonderausrüstung mit ausreißbarem Winterfutter. Zum Sonderpreis pro Stück von

135,-€

Fa. J. Häckel
 Lederbekleidung / Lederhandschuhe
 Buldernweg 37/39 · 48163 Münster
 Tel.: 02 51/78 54 11 · Fax: 02 51/78 77 35



„Ein Tag mit uns“ – unter diesem Motto haben Polizeibehörden aus ganz NRW am 2. Oktober in der Aachener Innenstadt für den Polizeiberuf geworben, und die GdP war mitten dabei. Direkt vor dem Aachener Rathaus hatte sie einen knallgelben Oldtimerbus aufgebaut und damit auch das Interesse von Innenminister Ralf Jäger (SPD) geweckt. Neben dem GdP-Landesbezirksvorsitzenden Frank Richter haben auch die Mitglieder der Kreisgruppe Aachen (Foto) die Gelegenheit genutzt, um mit dem Innenminister über praktische Probleme bei der Alltagsarbeit der Polizei zu diskutieren.



Jeder fünfte Delegierte kommt aus NRW

55 der 254 Delegierten, die vom 22. – 24. 11. am GdP-Bundeskongress in Berlin teilnehmen werden, kommen aus NRW. Sie entscheiden mit ihrer Stimme nicht nur über die künftige Zusammensetzung des GdP-Bundesvorstands, sondern auch über die 224 Anträge zu den Bereichen Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht, Satzung, Haushalt und Finanzen, Gesellschafts-, Kriminal- und Verkehrspolitik, Tarif-, Sozial- und Frauenpolitik, die dem Kongress vorliegen.

12 der über 200 Anträge wurden vom Landesbezirk NRW eingereicht. Sie beziehen sich auf die Themen: Polizei im Spektrum der Gewalt, Einführung eines neuen Paragraphen 115 (Angriff auf Vollstreckungsbeamte) in das Strafgesetzbuch, Fahrverbot für jugendliche Gewalttäter, Strafbarkeit fremdsprachlicher Naziparolen, Anrechnung von Kindererziehungszeiten und verlängerte Zahlung des Kindergeldes sowie die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge. Zu den satzungsgemäßen Aufgaben des Bundeskongresses zählt auch die Wahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV). Der Landesbezirk NRW hat Landesbezirkvorsitzenden Frank Richter als Kandidaten für den GBV nominiert. Richter kandidiert für die Funktion des 1. Stellvertreters des Bundesvorsitzenden. Wie auf den vorausgegangenen Bundeskongressen üblich, wird der 1. Stellvertreter unmittelbar nach der Wahl des Bundesvorsitzenden gewählt.

Aktuelle Informationen zu Ergebnissen und Verlauf des Bundeskongresses stehen auf der Bundesseite der GdP: www.gdp.de

Foto: Jürgen Greven

Wir sind die GdP



Innenpolitik ist eine Domäne der Bundesländer. Doch nicht nur der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch in Fragen der Inneren Sicherheit wird Europa immer wichtiger. An der Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für ein soziales Europa am 29. September in Brüssel hat sich deshalb auch eine Delegation der GdP aus Nordrhein-Westfalen beteiligt. Gemeinsam mit Polizeikolleginnen und -kollegen aus anderen europäischen Ländern zogen die GdP-Mitglieder unter dem Slogan „Imagine the police going bankrupt. Stop the cuts – invest in quality policing now“ durch die Brüsseler Innenstadt. „Europa bestimmt auch im öffentlichen Dienst zunehmend die soziale Situation und das Einkommen der Beschäftigten. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Brüssel Flagge gezeigt haben“, meint Vorstandsmitglied Michael Mertens, der die kleine Delegation des Landesbezirks organisiert hat. „Schließlich ist die Polizei keine Insel, sondern auch unsere Kollegen sind betroffen, wenn der Staat sich immer mehr zurückzieht und die Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise einseitig auf die Beschäftigten abwälzt.“

Mehr als Hunderttausend Menschen waren dem Aufruf von EG und EuroCOP, dem europäischen Dachverband der Polizeigewerkschaften, gefolgt. „Dass wir so viele Arbeitnehmer aus ganz Europa waren, war schon beeindruckend“, sagt Mertens. „Viele sind von weit her nach Brüssel gereist. Das zeigt, dass die Beschäftigten die Zukunft Europas nicht länger der Industrie und ihren Lobbygruppen überlassen wollen.“

GdP aktiv

3. 11., Tagung Höherer Dienst A 15/A 16, Lindner Airporthotel, Düsseldorf

5. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20.00 Uhr, Hotel Handelshof, Mülheim/Ruhr

8. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten (ehemals Schützenhof), Werdohl

13. 11., DGB-Protaktion gegen die Sparpläne der Bundesregierung, Westfalenhalle Dortmund

15. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gütersloh, 14.15 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstr. 14, Gütersloh

18. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Recklinghausen, 16.30 Uhr, Kantine der Polizeiunterkunft, Deisinger Weg, Recklinghausen

22.–25. 11., „Sicherheit ist Mehrwert“, GdP-Bundeskongress, Berlin

25. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14.15 Uhr, PP Bonn, großer Sitzungssaal, Königswinterer Str. 500, Bonn

2. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14.30 Uhr, Saal 152, Signal-Iduna-Versicherung, Vorwärtsstraße, Dortmund (gegenüber PP)

Werbeaktion 2010 Glücksnummern des Monats

45 18415

Denise Klimek, Münster

45 18912

Achim Schneiders, Neuss

45 19020

Klaus Jundt, Bonn

45 18688

Hanna Nöldemann, Münster

**Die Gewinner erhalten eine Quartz-
wanduhr „Painty“.**



Junge Gruppe trifft grüne Abgeordnete

Zu einem ersten Meinungsaustausch nach der Landtagswahl haben sich Anfang Oktober Mitglieder der Jungen Gruppe mit den Grünen Innenpolitikern Matthi Bolte und Verena Schäffer getroffen und sind dabei auf erstaunlich viele gemeinsame Ansichten gestoßen.

Nach Beobachtungen der Jungen Gruppe sind die Zeitvorgaben für die einzelnen Studienmodule zu eng gefasst. Die Folge: Bei den Praktika-Phasen in den Ausbildungsbehörden fehlt den angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten zum Teil das notwendige Hintergrundwissen, das sie für den Ausbildungsabschnitt in den Behörden eigentlich brauchen. Zudem kritisierten die drei GdP-Teilnehmer, Denis Grindel,

Markus Szech und Barbara Mühlenhöfer, den hohen Anteil des Selbststudiums. Gewichtung und Zusammenstellung der Ausbildungsmodule sollen auch nach Vorstellungen der Grünen Abgeordneten deshalb überprüft werden.

Übereinstimmung zwischen den Grünen und der Jungen Gruppe gab es auch bei der Forderung nach mehr Polizeibeamten mit Migrationshintergrund. Deren Einstellung sei positiv und notwendig. Die GdP-Vertreter wiesen in dem Gespräch allerdings auch darauf hin, dass der Eintritt von Migranten in die Polizei für die Betroffenen auch mit Problemen verbunden sein kann. Hier sei eine stärkere Unterstützung durch Vorgesetzte und Behörden wünschenswert.



Schon seit Jahren schaut Jürgen Tomicek nicht nur der Politik kritisch auf die Finger, sondern immer wieder auch der Arbeit der Polizei. Jetzt hat der Karikaturist wieder die besten Zeichnungen des Jahres in einem Sammelband zusammengefasst. Für GdP-Mitglieder gibt es „Die besten Tomicek Karikaturen 2010“ mit Signatur für 13,80 Euro plus Versand: www.verlag-tomicsek.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

1. 11. Karl-Heinz Scheer, Hagen
7. 11. Ludwig Kaiberg, Rees
8. 11. Hans Annerfeldt, Ilvesheim
Giesela Baade, Duisburg
10. 11. Katharina Hasenau, Duisburg
11. 11. Fritz Taube, Herdecke
12. 11. Theodor Albrecht, Bottrop
Elisabeth Wittwer, Oberhausen
14. 11. Therese Ochsenbauer, Remscheid
17. 11. Maria Gring, Essen
19. 11. Karl Vohrmann, Essen
24. 11. Irmgard Neuhaus, Hückeswagen
29. 11. Aloys Schwamborn, Köln
30. 11. Jakob Bons, Moers

91. Geburtstag

2. 11. Gertrud Kratzer, Merzenich
3. 11. Richard Dürscheid,
Bergisch-Gladbach
Hilde Riesner, Sprockhövel
6. 11. Johanne Letmathe, Bad Salzuflen
7. 11. Elisabeth Schmitt, Eslohe
8. 11. Werner Leese, Duisburg
11. 11. Rosalinde Knopf, Minden
13. 11. Heinrich Garbe, Hamm
Emil Gerling, Wuppertal
Werner Voigt, Wipperfürth
14. 11. Johannes Eilert, Gelsenkirchen
16. 11. Elisabeth Wicher, Flörsbachtal
18. 11. Heinz Beeckmann,
Mönchengladbach
19. 11. Herbert Krzistetzko,
Castrop-Rauxel
21. 11. Ruth Bohnes, Dülmen

Grete Hünlerlage, Bielefeld

26. 11. Heinz Alexander, Wuppertal
Herbert Verbeeck, Köln
27. 11. Wienand Wierich, Düsseldorf
28. 11. Erika Karbach, Hagen
Lieselotte Nachtigall, Oberhausen
30. 11. Karl Golde, Waldbröl

92. Geburtstag

6. 11. Eduard Wessiepe, Haan

94. Geburtstag

6. 11. Martha Arndt, Büren
11. 11. Klaudia Feiler, Dortmund
21. 11. Heinz-Georg Titze, Neuss

95. Geburtstag

24. 11. Hildegard Claßen,
Mönchengladbach

96. Geburtstag

23. 11. Katharine Klosterhalfen, Bergheim
Grete Schulte, Wuppertal
30. 11. Richard Donath,
Kirchdorf a. d. Krems

98. Geburtstag

5. 11. Fritz Rakelbusch, Moers
17. 11. Ludowika Niß, Hagen

99. Geburtstag

11. 11. Mathilde Heitze, Hückeswagen

100. Geburtstag

5. 11. Käthe Glander, Dorsten
18. 11. Margarete Mundt, Mechernich
30. 11. Hildegard Holbeck, Köln

102. Geburtstag

6. 11. Agnes Schlüter, Vreden

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe ist der 5. November.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - November 2010



Israel - Das Heilige Land 20. - 27. Februar 2011



Eingeschlossene Leistungen:
Flug ab/bis Köln nach Tel Aviv
7 Übernachtungen in Hotel der Mittelklasse
7 x Frühstücksbuffet und Abendessen
Ganztagesausflug Akko und Nazareth
Ganztagesausflug im Jordantal
Stadtrundfahrt Jerusalem
Besichtigung Abu Gosh und Jaffa

Reisepreis pro Person ab € 999,-
Einzelzimmerzuschlag € 299,-

Ausflugspaket für € 149,- zubuchbar
(Ausflug Heilige Stätten und Golan-Höhen,
Ausflug Bethlehem - Jerusalem - Berg Zion,
Stadtrundfahrt Neu-Jerusalem - Ain Karem)

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

Podiumsdiskussion zur Finanzkrise

„Finanzkrise – die Straße brennt – ist der soziale Friede noch zu retten?“, unter diesem Motto steht eine Podiumsdiskussion, zu der die GdP-Senioren im Bezirksverband Detmold für den 11. November nach Paderborn einladen. Referenten der um 19.00 Uhr im Hotel Gerold beginnenden Diskussionsrunde sind der Vorstandssprecher der Volksbank Warburger Land, Birger Kriwet, der Altbekener Bürgermeister Hans-Jürgen Wessels (SPD), der Unternehmer und SPD-Stadtverbandvorsitzende von Paderborn, Rainer Rings, sowie Prof. Dr. Günter Wilhelms, Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Gesellschaftslehre an der Theologischen Fakultät der Universität Paderborn und Heike Hilgendiek, Landessozialpfarrerin der evangelischen Kirche. Auch Vertreter des Geschäftsführenden GdP-Landesbezirksvorstands werden an der Veranstaltung teilnehmen.

Zu den Themen, zu denen die Referenten Stellung nehmen werden, gehört auch die Frage, wie Aufgabe und Rolle der Polizei in der aktuellen Krise gesehen werden: Welchen Handlungsspielraum hat Polizei überhaupt noch, wenn Politik und Wirtschaft immer mehr gesellschaftliche Konflikte auf ihren Schultern abladen?

Ist die Polizei nur noch reine Ordnungsmacht, oder kann sie selbst mit dazu beitragen, dass die Gesellschaft nicht immer weiter auseinander driftet? Mit der Podiumsdiskussion startet der GdP-

Senioren-Vorstand NRW eine neue Veranstaltungsreihe, in der in loser Folge aktuelle gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Fragestellungen aufgegriffen werden.

Ort und Datum: 11. November 2010,

19.00 Uhr, Hotel Gerold, Dr.-Röhrig-Damm 170, Paderborn

Mehr Infos:

Anton Wiemers,

Tel.: 0 56 41/36 39

E-Mail: senioren@gdp-nrw.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

6. Dezember, Senioren-Treffen mit anschließendem Jahresabschluss-Essen, 15.00 Uhr, Hotel Wiebracht, Cheruskerstr. 35, 33647 Bielefeld, Anmeldung: Wolfgang Böhnke, Tel.: 05 21/44 03 91

Kreisgruppe Bielefeld

15. Dezember, Busfahrt nach Holland, mit Besuch des Weihnachtsmarktes und anschließender Besichtigung der Firma Kleine in Oeding, Anmeldung: Wolfgang Böhnke, Tel.: 05 21/44 03 91

KG Coesfeld

24. November, Seniorenstammtisch, Logopäde Andreas Schröer referiert zum Thema: „Wenn ein Schlaganfall das Sprachzentrum geschädigt hat“, 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Kapellenweg 75, Dülmen

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

8. Dezember, Nikolaus-Kaffeetrinken mit Ehrung von Jubilaren, 15.00 Uhr, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm, Anmeldung: Johannes Heveling, Tel.: 0 23 32/8 08 39 oder Helmut Löper, Tel.: 0 23 36/1 41 09

Kreisgruppe Heinsberg

11. November, Ausführungen von Klaus Labahn, Themen: Versorgungsangelegenheiten, Antragsverfahren Beihilfe, Was bringt uns die neue Landesregierung?, 15.00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg

Kreisgruppe Köln

18. November, Info-Treffen zum Thema Verbraucher und ihre Rechte, Referentin Claudia Eckermann-Seel, Beratungsdienst der Sparkassen-Finanzgruppe, 14.00 Uhr, Pfarrhaus St. Georg, Köln

Autobahnpolizei Münster

19. November, Adventskaffeetrinken Senioren, Treffpunkt: 15.30 Uhr, APW Münster, Raum 205, Hammer Str. 234, 48153 Münster

Bezirk Münster

9. November, Treffen der Ansprechpartner für Senioren, Dr. med. Matthias Weinrich referiert zum Thema Schlaganfall, 9.30 Uhr, Sitzungssaal über der Kantine des LAFP, Weseler Str. 264, 48151 Münster

NACHRUF

| | | | | | |
|--------------------|-------------|-----------------------------|---------------------|--------------|----------------------------|
| Hedwig Arbeiter | 26. 6. 1925 | Aachen | Egon Lauer | 16. 8. 1926 | Ennepe-Ruhr |
| Heinz Bartkowski | 13. 5. 1921 | Aachen | Emilie Lewandowski | 29. 12. 1935 | Essen/Mülheim |
| Gerd Bettermann | 30. 9. 1945 | Hamm | Andreas Lieneke | 23. 5. 1962 | Dortmund |
| Petra Dangschies | 20. 3. 1956 | Bochum | Ernst Mandlowsky | 2. 7. 1939 | Mettmann |
| Hannelore Finke | 13. 5. 1926 | Duisburg | Richard Mayr | 7. 10. 1931 | Ennepe-Ruhr |
| Herbert Fläschel | 10. 7. 1919 | Heinsberg | Siegfried Remmert | 22. 7. 1921 | Dortmund |
| Walter Görs | 27. 6. 1947 | PP Dortmund-Autobahnpolizei | Alma Anna Röhrig | 13. 1. 1909 | Märkischer Kreis |
| Gerhard Gräser | 19. 1. 1943 | PP Dortmund-Autobahnpolizei | Hans-Jürgen Roschak | 21. 1. 1947 | Autobahnpolizei Düsseldorf |
| Elisabeth Hamacher | 3. 9. 1932 | Duisburg | Theresia Roth | 24. 12. 1927 | Köln |
| Wolfgang Imhoff | 12. 7. 1945 | LZPD NRW | Margarete Schreiber | 4. 3. 1921 | Wesel |
| Maria Jansen | 7. 12. 1915 | Mettmann | Johanna Steingaß | 7. 8. 1923 | Köln |
| Paul Kämpchen | 25. 7. 1920 | Bonn | Gertrud Stöltzing | 13. 2. 1923 | Gelsenkirchen |
| Horst Klebon | 14. 5. 1931 | Recklinghausen | Ursula Tretschok | 13. 7. 1919 | Leverkusen |
| Horst Koslowski | 16. 4. 1937 | Gelsenkirchen | Walter Vennemeyer | 14. 3. 1937 | Bochum |
| Katharina Kretz | 17. 9. 1927 | Köln | Loni Wolff | 20. 9. 1923 | Siegburg |

